



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Klaus Adelt, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Zusammenarbeit der TU München mit Facebook

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst über Details und Hintergründe der von der Technischen Universität München (TUM) veröffentlichten finanziellen Unterstützung des TUM-Forschungsinstituts für Ethik in der Künstlichen Intelligenz am Munich Center for Technology in Society (MCTS) durch das Unternehmen Facebook zu berichten und dabei auf die folgenden Fragen einzugehen:

1. Wie schätzt die Staatsregierung die Entscheidung der TUM ein, dem Unternehmen Facebook vor dem Hintergrund der jüngsten Datenskandale, die über 50 Mio. Facebook-Nutzer und -Nutzerinnen betrafen, eine so hervorgehobene Plattform zu bieten?
2. Wie lässt sich das „Bekenntnis zur Kultur der wertebezogenen Technologien“, das nach Aussagen der TUM-Leitung 2012 zur Gründung des MCTS geführt hatte, mit dem Geschäftskonzept und dem Geschäftsgebaren von Facebook vereinbaren?
3. Warum ist die Wissenschaft in Bayern gezwungen, die Forschung zum Thema Künstliche Intelligenz von privaten Unternehmen finanzieren zu lassen, obwohl die Staatsregierung dem Thema Digitalisierung öffentlichkeitswirksam größte Bedeutung zugemessen hat?
4. Wie kann die Staatsregierung garantieren, dass die Zuwendungen von Facebook an die TUM die freie Forschung, Bildung und Lehre in keinerlei Hinsicht beeinflussen werden?
5. Was sind die genauen wissenschaftlichen Aufgabenstellungen des Instituts und wofür werden die 6,5 Mio. Euro, die Facebook nach Informationen der TUM investieren wird, im Detail eingesetzt?

Begründung:

Nach Informationen der Technischen Universität München (TUM) wird am Munich Center for Technology in Society (MCTS) das Forschungsinstitut für Ethik in der Künstlichen Intelligenz von dem Unternehmen Facebook mit 6,5 Mio. Euro unterstützt werden. Das MCTS wurde 2012 im Rahmen der Exzellenzinitiative mit dem „Bekenntnis zur Kultur der wertebezogenen Technologien“ (Zitat: TUM) gegründet. Vizepräsident Prof. Dr. Thomas Hofmann beschreibt die Zielsetzung des Instituts als die notwendige „ethische, rechtliche und politische Gesamtbetrachtung von gesellschaftsrelevanten Innovationskreisläufen“.

Angesichts der jüngsten Medienberichte über die App „Facebook Research“, mit welcher Daten über Online-Gewohnheiten von u. a. Minderjährigen gesammelt wurden, erscheint es mehr als fragwürdig, dass eine wissenschaftliche Einrichtung, die den An-

spruch vertritt, die Entwicklung neuer Technologien unter ethischen und wertebezogenen Kriterien zu begleiten, ihre Forschung mit einem Unternehmen verknüpft, das diese Kriterien seinen Geschäftspraktiken in den vergangenen Jahren offensichtlich nicht zugrunde gelegt hatte.

Die Zahl der jüngst enthüllten Vorkommnisse bei Facebook um den Zugang zu Daten von Millionen von Nutzern sorgt bei vielen Kunden inzwischen zu großem Misstrauen und zu der Entscheidung, ihr Facebook-Konto zu löschen.

Der 2018 aufgedeckte Missbrauch von 85 Mio. Facebook-Nutzerdaten durch die Beraterfirma Cambridge Analytica für Zwecke der Wahlkampf-PR bildete hier den derzeitigen Höhepunkt. Zuvor war bekannt geworden, dass Hunderte von Firmen, darunter Amazon, Apple und Microsoft Zugriff auf Nutzerdaten erlangen konnten. Auch die Zugriffsrechte von Apps wie Spotify und Netflix wurden scharf kritisiert.

Dass das Unternehmen Facebook vor diesem Hintergrund eine positive Imagekampagne startet, ist dem Absinken des Aktienkurses und einem Rückgang der Nutzerzahlen geschuldet. Die presseöffentlichen Äußerungen von Sheryl Sandberg, Geschäftsführerin des Facebook-Konzerns, machten dies deutlich.

Die Förderung des bedeutenden Forschungsbereichs der Ethik in der Künstlichen Intelligenz durch ein privatwirtschaftliches Unternehmen zeigt, inwieweit sich der Staat inzwischen aus der Wissenschaftsförderung herausgezogen hat. Zwar formuliert die Staatsregierung z. B. in Person der neu berufenen Staatsministerin für Digitales, dass die Regierung „Motor, Koordinator und Denkfabrik sein soll“, um „neue Technologien zu entwickeln und gesellschaftlich verantwortungsvoll mit ihnen umzugehen“. Das Staatsministerium für Digitales stehe dafür „weltweiten digitalen Entwicklungen nicht nur zu folgen, sondern sie souverän mitzugestalten“ (Zitate: Staatsministerium für Digitales).

Ein entsprechendes Engagement zur Stärkung der wissenschaftlichen Forschung ist damit jedoch nicht verbunden. Als Konsequenz aus den Absichtserklärungen müsste erfolgen, dass der Staat seine wissenschaftlichen Einrichtungen so ausstatten muss, dass sie eigenständig fähig sind, die bedeutenden Fragen unserer Gesellschaft in unabhängigen wissenschaftlichen Prozessen zu erforschen und in öffentlichen Prozessen zu kommunizieren.

Schon 2013 forderten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen im „Zürcher Appell“ zu Kooperationen zwischen Privatwirtschaft und staatlichen Universitäten alle Verantwortlichen und die Leitung von Universitäten auf, „dem kostbaren und von der Verfassung geschützten Gut der akademischen Freiheit und Unabhängigkeit Sorge zu tragen und das wissenschaftliche Ethos nicht mit problematischen Kooperationen zu gefährden.“